



PRESS RELEASE

FACE: EUROPEAN FEDERATION OF ASSOCIATIONS FOR HUNTING & CONSERVATION

KAMPF GEGEN STRAFTATEN AN WILD LEBENDEN ARTEN

Warum die Einbindung lokaler Gemeinschaften und Jäger der Schlüssel zum Erfolg ist

PRESSEMITTEILUNG

Brüssel, 12. Mai 2015 – Afrika erlebt seine bislang schwerste Wilderei-Krise. Auch Europa ist nach wie vor mit illegalen Praktiken an wild lebenden Arten konfrontiert, die den ganzen Kontinent vor eine Herausforderung stellen. In einem Versuch, Strategien für eine erfolgreiche Bekämpfung von Straftaten an wild lebenden Arten zu finden, hat sich die Intergruppe des Europäischen Parlaments „Biodiversität, Jagd, Ländlicher Raum“ im Rahmen einer Expertenrunde mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und maßgeblichen Beamten der zuständigen Dienste der Europäischen Kommission zu dieser Frage ausgetauscht. Die Sitzung fand unter Federführung des Intergruppenpräsidenten MdEP Karl-Heinz Florenz (EVP, Deutschland) und MdEP Renata Briano (S&D, Italien) als Moderatorin statt.

MdEP Karl-Heinz Florenz erklärte in seiner Einführung, dass „die durch die Straftaten an wild lebenden Arten ausgelöste aktuelle Krise eine integrative Politik erfordere. Sinnvoller Naturschutz und Vollstreckung müssen der Tatsache Rechnung tragen, dass dort, wo charakteristische Wildarten wie das Nashorn und der Elefant einen echten monetären Wert darstellen, auch deren Bewirtschaftung und Schutz gegen die Wilderei mehrheitlich mit aktiver Unterstützung lokaler Interessengruppen erfolge.“

MdEP Renata Briano wies darauf hin, wie wichtig ein objektiver und wissenschaftsbasierter Umgang mit dieser Frage auf allen erforderlichen Ebenen – der Mitgliedstaaten, der Union ebenso wie international – und unter Berücksichtigung der jeweiligen Kompetenzen sei. „Wilderer sind die schlimmsten Feinde der Jäger“, sagte sie. „Die Jagd ist eine legale und völlig rechtmäßige Aktivität und ermöglicht ein besseres Management unserer Umwelt. Über die Beschaffung wichtiger Mittel und ihre Arbeit an der Basis sind Jäger maßgebliche Partner bei der Bekämpfung von Straftaten an wild lebenden Arten.“

Dr. Rolf Baldus vom **Internationalen Rat zur Erhaltung des Wildes und der Jagd (CIC)** berichtete von seinen Erfahrungen während seiner 13jährigen Tätigkeit bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Tansania für das älteste Wildschutzgebiet Afrikas Selous. Trotz aller Widrigkeiten habe man die Wilderei im Selous dank der Umsetzung einer Politik des „Naturschutzes in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung anstelle eines Naturschutz vor der Bevölkerung“ stoppen können.

Hinter diesem Erfolg hätte die zentrale Idee gestanden, der lokalen Bevölkerung Anreize für die Wertschätzung und Erhaltung wild lebender Arten im Rahmen gemeinschaftlicher, auf die nachhaltige Nutzung ausgerichteter Managementprogramme zu geben. Der Löwenanteil der im Rahmen dieser Programme erzielten Einnahmen – nämlich rund 90 Prozent des Jahresbudget von 3 Millionen – entstammte der Jagd, kam den lokalen Gemeinschaften zugute und wurde für die Überwachung und Maßnahmen zur Bekämpfung der Wilderei verwendet.

Hierzu hatte man allerdings in der gegenwärtigen westlichen urban ausgerichteten Politik erst einmal von den gängigen Grundvorstellungen Abschied nehmen müssen, in den afrikanischen Ländern einfach nur Protektionismus walten zu lassen und Pauschalverbote in Bezug auf die Nutzung wild lebender Arten aufzwingen zu können. Leider seien die Programme trotz ihres Erfolges schließlich nicht verlängert worden, mit der Folge eines tiefen Einbruchs der Erträge und einem Wiederaufkommen der Wilderei. Dr. Baldus erklärte abschließend: „Wenn wir den Fehler machen, die nachhaltige Nutzung und die Jagd zu verbannen, riskieren wir den Verlust wild lebender Arten.“

Janice Weatherley-Singh, Direktorin der Wildlife Conservation Society (WCS), wies in ihrer Präsentation darauf hin, dass Straftaten an wild lebenden Arten nicht nur ein Thema des Naturschutzes seien, sondern ebenso sehr die Wirtschaft und Entwicklung – nämlich den Safari-Tourismus, der für die lokale Wirtschaft eine große Rolle spielt – und die Sicherheit betreffen – denn die Einkünfte aus dem illegalen Handel mit Elfenbein dienten der Finanzierung bewaffneter Gruppen, vor allem auf dem afrikanischen Kontinent, und untergrabe den Frieden und die Sicherheit dieser Regionen.

Im Rahmen einer breiteren Strategie wolle sich die WCS dem Problem entlang der gesamten Handelskette mit wild lebenden Arten von den Orten der Wilderei bis hin zu den Endverbraucherstellen annehmen. Dies umfasse die Präsenz in den Kernzonen der Schutzgebiete zwecks Unterbindung der Wilderei, die Einrichtung von Netzwerken in Städten und Dörfern innerhalb und um diese Gebiete herum, in denen Mittelsmänner wild lebende Arten kaufen und verkaufen; die Überwachung von Verkehrsknotenpunkten, an denen Handelsflüsse zusammenkommen – etwa internationalen Grenzen, See- und Flughäfen – bis hin zur Nachverfolgung bei den Endverbraucherstellen in den Städten, wo diese Produkte an die Endverbraucher verkauft werden. Sie appellierte an die EU und ihre Mitgliedstaaten, die Zuweisung ausreichender Ressourcen für eine effiziente Umsetzung zu sichern und begrüßte die neue Finanzierungsinitiative der GD DEVCO der Europäischen Kommission.

Cy Griffin von dem **Zusammenschluss der Verbände für die Jagd und Wildtiererhaltung in der EU (FACE)** erläuterte, wie Jagdverbände schrittweise ihr Engagement bei der Bekämpfung der Wilderei verstärkt hätten. Seit 2009 seien in Kooperation mit BirdLife International, der internationalen Organisation für Vogelkunde, verschiedene Initiativen gegen die illegale Tötung und den Handel mit Vögeln auf Ebene des Europarats und der EU durchgeführt worden, welche in 2012 schließlich zu einer konkreten Roadmap der EU mit optimierten Initiativen zwecks Vermeidung von Überschneidungen geführt habe.

Er unterstrich die Bedeutung von Sprache bei der Kommunikation. Daher hätten sich die 50 europäischen, der Berner Konvention angehörenden Länder, darunter auch alle 28 Mitgliedsländer der Union, in einer Empfehlung in Bezug auf die illegale Tötung und Fangjagd wild lebender Vogelarten sowie deren Handel auf die folgenden Grundsätze bei der Bekämpfung der Wilderei verständigt:

- (i) es geht um die illegale Tötung von Vögeln, nicht um die legale Jagd;
- (ii) Nulltoleranz gegenüber der illegalen Tötung wild lebender Vögel;
- (iii) Anerkennung der legalen Jagd und nachhaltigen Nutzung.

C. Griffin stellte abschließend fest, dass „wir denjenigen, welche die Gesetze befolgen, keine strengeren Restriktionen auferlegen sollten – denn wir bräuchten sie auf unserer Seite – sondern uns diejenigen vornehmen sollten, welche die Gesetze brächen“.



Gaël de Rotalier, Referent bei der **GD Umwelt** der **Europäischen Kommission**, erinnerte die Teilnehmer daran, dass die EU sowohl Transitplatz als auch Bestimmungsgebiet für Produkte wild lebender Arten illegalen Ursprungs, wie etwa Reptilien, lebende Vögel, Luchsfelle, Holz, Hörner von Nashörnern, Elfenbein sowie Schuppentiere (welche zu den am meisten gehandelten Säugetierarten in der Welt gehörten) etc. sei. Auch führe die EU lebendige Glasale illegal aus. In diesem Sinne könne man davon sprechen, dass die EU Teil des Problems sei, allerdings könnten und sollten wir auch Teil der Lösung sein.

Die Kommission nähme die Problematik der Straftaten an wild lebenden Arten ernst. Zu ihren Prioritäten gehöre auch, den Tatbestand des Handels mit wild lebenden Arten weiter oben auf die diplomatische Agenda der EU zu setzen, sich auf eine korrekte Umsetzung der Gesetze und internationalen Vereinbarungen zu konzentrieren, eine bessere Koordination auf dem Gebiet der Rechtsdurchsetzung zu erwirken, die Erhaltung wild lebender Arten und den Kampf gegen den Handel mit diesen besser in die Entwicklungszusammenarbeit der EU zu integrieren, das Problem der Nachfrage nach Produkten wild lebender Arten illegalen Ursprungs aufzugreifen, lokale Gemeinschaften zu involvieren und sich dem Problem der Armut als notwendiger Voraussetzung für eine erfolgreiche, langfristig ausgelegte Strategie gegen den illegalen Handel mit wild lebenden Arten anzunehmen sowie mehr Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen durchzuführen.

Herr de Rotalier gab bei dieser Gelegenheit erstmalig öffentlich bekannt, dass die Europäische Kommission einen Aktionsplan der EU gegen den illegalen Handel mit wild lebenden Arten entwickle und dabei sowohl die unionsrelevanten als auch globalen Dimensionen des Problems aufgreifen würde.

MdEP Catherine Bearder stellte die kürzlich gegründete parteiübergreifende Gruppe der „MEPs for Wildlife“ vor, deren Mitglied sie sei und welche sich vor allem mit kriminellen Aktivitäten beschäftige. Diese destabilisierten lokale Gemeinschaften und seien die Triebkräfte hinter der weltweiten organisierten Kriminalität. Sie betonte, dass auch der Artenschutz für Jäger und die Jagd unerlässlich sei und die Jagd in nachhaltiger Weise erfolgen sollte.

Mit der Nachfrageseite müsse sich vor allem China auseinandersetzen. Wenn die chinesische Regierung dies wünsche, könnte sie den negativen Trend für Arten wie dem Nashorn stoppen.

Sie appellierte an Entscheidungsträger ebenso wie an die Zivilgesellschaft und andere betroffene Organisationen, eng miteinander in Verbindung zu bleiben und miteinander zu kooperieren.

Sie begrüßte den Aktionsplan der Europäischen Kommission und drückte ihre Hoffnung darüber aus, dass dieser Plan rechtliche Regelungen enthalte, welche ordentlich umgesetzt und, im Falle ihrer Nichtbeachtung, entsprechend verfolgt würden.

MdEP Franz Obermayr verwies auf die Ernsthaftigkeit der Lage durch die weltweiten Straftaten an wild lebenden Tieren und stellte fest, dass man bei der Lösungsfindung aber auch das Ausmaß der Konflikte zwischen dem Menschen und den wild lebenden Arten verstehen und berücksichtigen müsse. Die Landwirte seien wütend, weil ihr Vieh von wilden Tieren getötet würde und in Afrika fielen selbst Menschen wilden Tieren zum Opfer.

Er warnte vor Einschränkungen für die nachhaltige Nutzung und führte als Beispiel das Spitzmaulnashorn an. Fünf Spitzmaulnashörner aus Südafrika könnten jährlich als Jagdtrophäen gehandelt werden. Jede dieser Trophäen generiere rund 350 000 Dollar für die Unterstützung der Erhaltung dieser Art und Bekämpfung der Wilderei. Dieses Programm erlaube nur die Entnahme dominanter, nicht fortpflanzungsfähiger Männchen. Es handele sich dabei um Tiere, welche in jedem Fall durch den Staat entnommen worden wären, um es jüngeren, fortpflanzungsfähigen Männchen zu ermöglichen, sich erfolgreicher fortzupflanzen. Er verglich dies mit den 1215 Nashörnern, die gewildert würden und erklärte, die Gelder durch die fünf erlegten Nashörner könnten sehr sinnvoll bei der Bekämpfung aller anderen Nashörner eingesetzt werden.



Herr Obermayr appellierte an die Europäische Kommission, mit den Jagdverbänden FACE, dem CIC und dem SCI zusammenzuarbeiten und betonte, dass „wir nicht die Jäger, sondern die Wilderei bekämpfen wollen“ und beide klar und deutlich voneinander zu trennen seien.

Die nächste Sitzung der Intergruppe findet im Juni in Brüssel statt. Weitere Einzelheiten hierzu folgen in Kürze.

*****ENDE*****

HINWEISE FÜR HERAUSGEBER:

FACE ist der Zusammenschluss der Verbände für die Jagd und Wildtiererhaltung in Europa. Seit seiner Gründung in 1977 vertritt FACE als internationale, nicht-gewinnorientierte Nichtregierungsorganisation die Interessen von 7 Millionen Jägern in Europa. FACE setzt sich aus seinen Mitgliedern, den nationalen Jagdvereinigungen aus 36 europäischen Ländern einschließlich der 28 Mitgliedsländer der EU, sowie 4 assoziierten Mitgliedern zusammen und unterhält seinen Sitz in Brüssel.

FACE folgt den Grundsätzen der nachhaltigen Nutzung und gehört seit 1987 der Weltnaturschutzunion IUCN und seit kurzem auch Wetlands International an. FACE engagiert sich mit seinen Partnern für eine Vielzahl jagdrelevanter Belange zur Förderung der Jagd in Europa, welche von internationalen Umweltabkommen bis hin zu Umsetzungsmaßnahmen auf lokaler Ebene reichen. www.face.eu

FÜR WEITERE INFORMATIONEN, INTERVIEWS, WORTBEITRÄGE SOWIE FOTOS KONTAKTIEREN SIE BITTE:
Johan Svalby, Director of Legal and Public Affairs, johan.svalby@face.eu +32 478 817 468.

